

politfocus bildungspolitik



Inhalt

Rubrik	Thema	Seite
Editorial	Kritik an PISA-Studie: nicht an den Resultaten sondern an der Methode	2
Bundesrat und Bundesverwaltung	Schweiz informiert die EU über die Umsetzung des Zuwanderungsartikels ..	3
	Vergabe der Mandate für den Betrieb der Geschäftsstelle «fide»	3
	Forschung und Entwicklung der Privatunternehmen 2015	3
	Schweizer wird Ko-Leiter einer Expertengruppe für Nachhaltigkeit	3
	BR verabschiedet Bericht zu Rahmenbedingungen der digitalen Wirtschaft .	4
	UNO-Weltdatenforum: Schweiz unterstützt Lancierung des Aktionsplans.....	4
	SBFI News, Januar 17	4
	Impulsprogramm für familienergänzende Kinderbetreuung	5
	Zivildienst: Erste Jahreszahlen 2016	5
	KTI unterstützt Innovationsprojekte von KMU mit CHF 60 Mio.	6
	Menschen mit Beeinträchtigungen besser ins Arbeitsleben integrieren	6
	Bundesamt für Statistik: bildungspolitisch relevante Publikationen	6
	Jahresmedienkonferenz: Messung der Wirkung der DEZA-Projekte	7
	Erweiterte Erleichterungen für Personen in der beruflichen Grundbildung	7
	Bundesrat genehmigt Änderung der Professorenverordnung ETH	7
	Bundesrat eröffnet Vernehmlassung für Gegenentwurf zur Rasa-Initiative.....	7
	Bund fördert Projekte zur nachhaltigen Ernährung	8
	Staatssekretär Dell’Ambrogio zu Besuch in Serbien	8
	Schweiz-österreichischer Informations- und Meinungsaustausch im Bereich Hochschulbildung, Forschung und Innovation	9
	BFS: Zugang der HochschulabsolventenInnen zu Führungsfunktionen	9
Parlament	Parlament.....	10
	> Nationalrat	10
	> Ständerat	13
Verbände und NGOs	VSS: Studierende hintergangen	14
	Netzwerk Future: Schweiz ab 2017 wieder voll assoziiert	14
	Der VSS verlangt einen besseren Hochschulzugang für Flüchtlinge.....	14
Interkantonal	Movetia hat den Betrieb aufgenommen.....	15
	ETH: Swiss Data Science Center eröffnet.....	15
	Zulassung zum Medizinstudium: Mehr Verantwortung für swissuniversities..	16
	swissuniversities lanciert Blog zu den internationalen Abkommen.....	16
	Swissuniversities: Nationale Strategie verabschiedet	16
	SNF: Forschende und Bevölkerung im Dialog: 20 Agora-Projekte	17
	Informatik-Obligatorium am Gymnasium: EDK startet Anhörung	17
	Ausschreibung 2017 Prix Expo	17
	Konsolidierung bei der interkantonalen Bildungszusammenarbeit.....	18
	US - Einreisesperre trifft auch Forschende aus der Schweiz	19
Impressum	20

Kritik an PISA-Studie: nicht an den Resultaten sondern an der Methode



Rahel Loretan

Als im letzten Dezember die neuesten Ergebnisse zur PISA-Studie (Programme for International Student Assessment) veröffentlicht wurden (siehe Politfocus 9 – 2016), hat die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) diese aufgrund unzureichender Daten kritisiert, da diese anders als in vorherigen Tests erhoben wurden. Erstmals hatten die Schülerinnen und Schüler den Test am Computer statt schreibend gelöst. Auch an den Stichproben und der Punkteskala haben die Autoren der Studie Änderungen vorgenommen. Damit ist gemäss der EDK die Vergleichbarkeit weder mit früheren Erhebungen noch zwischen den 72 teilnehmenden Staaten gegeben: «Eine abschliessende Darstellung und Interpretation der Daten für die Schweiz ist vor diesem Hintergrund nicht möglich». Auch der Lehrerdachverband (LCH) ist skeptisch gegenüber der aktuellen PISA-Studie. Die Ergebnisse seien zwar erfreulich, doch der Umgang der OECD mit kritischen Fragen zur Methodologie des Tests sei «ärgerlich und unprofessionell». Die EDK schrieb aus diesem Grund einen Protestbrief zuhänden der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris.

Die PISA-Studien der OECD sind internationale Schulleistungsuntersuchungen, die seit dem Jahr 2000 in dreijährlichem Turnus in den meisten Mitgliedstaaten der OECD und einer zunehmenden Anzahl von Partnerstaaten durchgeführt werden. Sie haben zum Ziel, alltags- und berufsrelevante Kenntnisse und Fähigkeiten Fünfzehnjähriger zu messen. Jede PISA-Studie umfasst die drei Bereiche Lesekompetenz, Mathematik und Naturwissenschaften. In der jüngsten Erhebung haben laut der OECD mehr als eine halbe Million Schüler und Schülerinnen aus 72 Ländern und Regionen teilgenommen, davon auch 6'600 15-Jährige aus der Schweiz.

Inzwischen haben die OECD und deren Generalsekretär, José Ángel Gurría, auf den Brief der EDK geantwortet und zeigt sich im Antwortschreiben uneinsichtig. Für die Vermutung, die methodischen Änderungen hätten sich signifikant ausgewirkt, bestehe keinerlei Anlass. Bei der EDK gibt man sich ernüchtert. Die Schweizer Forderungen werde man nun über das zuständige PISA Governing Board der OECD einzubringen versuchen. Dies dürfte gemäss einem Artikel in der Nordwestschweiz vom 7. Februar 2017 mühselig werden: Das Gremium, dem 36 Staaten angehören, fällt seine Entscheide einstimmig. Auch in Berlin und Wien wurde die PISA-Studie skeptisch aufgenommen. Bei der OECD will man den Methodenwechsel offenbar nicht hinterfragen. Den Umgang mit Computern zu erlernen, sei längst integraler Teil der Vorbereitung auf ein Leben im 21. Jahrhundert, heisst es im Artikel.

Bundesrat und Bundesverwaltung

Schweiz informiert die EU über die Umsetzung des Zuwanderungsartikels

Am 22. Dezember 2016 haben sich die Delegationen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) zu einem Austausch im Rahmen des Gemischten Ausschusses über das Personenfreizügigkeitsabkommen (FZA) getroffen. Die Schweizer Delegation unter der Leitung von Staatssekretär Mario Gattiker hat auf Wunsch der EU über die Beschlüsse von National- und Ständerat informiert, Art. 121a BV im Einklang mit dem FZA umzusetzen und die bilateralen Verträge zu wahren.

➔ Staatssekretariat für Migration (SEM), Information und Kommunikation, T 058 465 78 44

Vergabe der Mandate für den Betrieb der Geschäftsstelle «fide»

Das Staatssekretariat für Migration (SEM) hat die ausgeschriebenen Mandate zur Weiterführung und Erweiterung der Geschäftsstelle fide (Französisch, Italienisch, Deutsch in der Schweiz – lernen, lehren, beurteilen) an drei verschiedene Anbieter vergeben. Das Los 1 wird von einer Bietergemeinschaft bestehend aus den drei Unternehmen Proactif Ouvertures Sàrl, SynAct.org Sàrl sowie Sprache & Integration GmbH getragen. Für das Los 2 wird die Stiftung ECAP verantwortlich sein. Das Mandat für das Los 3 läuft über zwei Jahre und wurde an Social Input GmbH vergeben. Die Geschäftsstelle fide hat den Auftrag, die Qualität der Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten weiterzuentwickeln und nationale Instrumente zur Evaluation der sprachlichen Kompetenzen einzuführen.

➔ Staatssekretariat für Migration (SEM), Information und Kommunikation, T 058 465 78 44

Forschung und Entwicklung der Privatunternehmen 2015 - Die Unternehmen haben 2015 über CHF 15 Milliarden für Forschung ausgegeben

Die Unternehmen wendeten 2015 für ihre Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten (F+E) in der Schweiz CHF 15,7 Milliarden auf. Dies entspricht einer Zunahme von 10 Prozent gegenüber 2012. Rund 57'000 Personen beteiligten sich in den Unternehmen an Forschungstätigkeiten. Auf internationaler Ebene gehört die Schweiz zu den Ländern mit den aktivsten Unternehmen in F+E. So die wichtigsten Ergebnisse der vom Bundesamt für Statistik (BFS) in Zusammenarbeit mit economiesuisse durchgeführten Erhebung.

➔ Pierre Sollberger, Bundesamt für Statistik (BFS), Sektion Wirtschaftsstruktur und -analysen, T 058 463 68 65

Schweizer wird Ko-Leiter einer Expertengruppe, die den ersten Weltbericht zur nachhaltigen Entwicklung verfasst

Die Schweiz begrüsst die Ernennung von Peter Messerli, Direktor des Interdisziplinären Zentrums für Nachhaltige Entwicklung und Umwelt (CDE) der Universität Bern, zum Ko-Vorsitzenden einer Expertengruppe, die den ersten Weltbericht zur nachhaltigen Entwicklung der Agenda 2030 erstellt. Seine Kandidatur als unabhängiger Experte wurde von der Schweiz unterstützt.

➔ Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), Information, T 058 462 31 53

Bundesrat verabschiedet Bericht zu Rahmenbedingungen der digitalen Wirtschaft

Der Bundesrat hat am 11. Januar 2017 den Bericht «Rahmenbedingungen der digitalen Wirtschaft» verabschiedet. Dieser nimmt innerhalb der Strategie «Digitale Schweiz» eine Standortbestimmung vor. Der digitale Wandel biete grosse Chancen für die Schweizer Volkswirtschaft. Der Bundesrat will diese nutzen, um Arbeitsplätze und Wohlstand zu sichern. Grundsätzlich sind dazu die notwendigen Gesetzesgrundlagen vorhanden. Hingegen sind nicht mehr nötige Regulierungen punktuell anzupassen und die Rahmenbedingungen weiter zu optimieren. Der Bundesrat erteilt Prüfaufträge unter anderem für Massnahmen in den Bereichen Beherbergungs-Dienstleistungen, Wettbewerbsrecht, Mobilitätsdienstleistungen sowie in der Bildung und Forschung. Ziel ist es, ein positives Umfeld für Unternehmen zu schaffen, damit diese die Chancen der Digitalisierung bestmöglich nutzen können. Gleichzeitig gilt es, das Verständnis der Bevölkerung für die Herausforderungen des digitalen Wandels zu stärken.

Der Schweizer Arbeitsmarkt hat es jeweils gut verstanden, die Herausforderungen des Strukturwandels wie die Digitalisierung erfolgreich zu bewältigen. Zentrale Erfolgsfaktoren seien das qualitativ hochstehende und arbeitsmarktnahe Bildungssystem sowie die Kombination eines flexiblen Arbeitsmarktes und einer funktionierenden Sozialpartnerschaft. In der Bildungs- und Forschungspolitik ist unter Einbezug der Kantone und der Hochschulkonferenz bis Ende Juni 2017 zu prüfen, welche Auswirkungen die Digitalisierung auf den Bildungs- und Forschungsbereich hat und ob Massnahmen notwendig sind.

➔ Eric Scheidegger, SECO, stv. Direktor und Leiter Direktion für Wirtschaftspolitik, T 058 462 29 59

UNO-Weltdatenforum: Schweiz unterstützt Lancierung des Aktionsplans zur Rolle der Statistik für nachhaltige Entwicklung

Vom 15. bis 18. Januar 2017 fand in Kapstadt das erste UNO-Weltdatenforum statt. Hauptthema war die Rolle von öffentlicher Statistik und Daten für die Umsetzung und das Monitoring der Sustainable Development Goals (SDGs). Zum Abschluss wurde ein globaler Aktionsplan (Cape Town Global Action Plan for Sustainable Development Data) präsentiert, welcher sechs Bereiche umfasst (u.a. die Modernisierung der Statistiksysteme oder der Aufbau von Partnerschaften), in denen bis 2030 substantielle Fortschritte erzielt werden sollen. Der Aktionsplan soll im März 2017 offiziell von der UNO-Statistikkommission verabschiedet werden.

➔ Bundesamt für Statistik (BFS), Medienstelle, T 058 463 60 13

Impulsprogramm für familienergänzende Kinderbetreuung: EDI erlässt Prioritätenordnung

Das Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung ist am 1. Februar 2003 in Kraft getreten. Die Geltungsdauer wurde ursprünglich auf 8 Jahre befristet und wurde zweimal um je 4 Jahre verlängert und endet nun am 31. Januar 2019. Die Finanzhilfen des Bundes entsprechen nach wie vor einem grossen Bedürfnis. Bisher wurden rund 3'000 Gesuche bewilligt, womit der Bund die Schaffung von 54'000 neuen Betreuungsplätzen unterstützt hat. Über 200 Gesuche sind derzeit in Bearbeitung, laufend werden neue Gesuche eingereicht. Für die zweite Verlängerung des Gesetzes steht ein Verpflichtungskredit von CHF 120 Millionen zur Verfügung, davon verbleiben

rund 41,8 Millionen. Das EDI geht davon aus, dass dieser Restbetrag nicht bis Ende Januar 2019 ausreichen wird. Aus diesem Grund erliess es eine Prioritätenordnung, die eine möglichst ausgewogene regionale Verteilung der noch verfügbaren Gelder zum Ziel hat. Bei dieser Prioritätenordnung werden 80 Prozent des Restkredits für Gesuche aus jenen Kantonen reserviert, aus welchen im Vergleich zu anderen Kantonen bisher weniger Finanzhilfen beantragt wurden. Für Gesuche aus jenen Kantonen, aus welchen bereits überproportional viele Finanzhilfen beantragt wurden (Kantone ZH, ZG, BS, VD, NE und GE), werden die restlichen 20 Prozent des verbleibenden Kredits zur Verfügung gestellt. Dies stellt sicher, dass Betreuungsangebote, die in der Planung schon weit fortgeschritten sind, noch realisiert werden können. Gesuche aus einem Kanton, die nicht mehr berücksichtigt werden können, werden auf eine Warteliste gesetzt. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass sämtliche Mittel bis zum Ende des Programms ausgeschöpft. Die Prioritätenordnung tritt auf den 1. Februar 2017 in Kraft und gilt für sämtliche Gesuche, die von diesem Zeitpunkt an eingereicht werden. Gesuche, die bereits vor dem 1. Februar 2017 eingereicht wurden, sind davon nicht betroffen. Die definitive Verteilung des Restkredits auf die Kantone wird im Februar 2017 berechnet.

- Cornelia Louis, Bundesamt für Sozialversicherungen, Leiterin Ressort Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung, T 058 464 07 41

SBFI News, Januar 17

Am 9. Januar 2017 ist der Newsletter des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) erschienen. Dieser enthält Themen wie die neue Vierjahresperiode in der Förderung von Bildung, Forschung und Innovation, die Langzeitpflege, die Eckpunkte des Bildungszusammenarbeitsgesetzes, den Berufsabschluss für Erwachsene im Fokus der Bildungspolitik, den Hochschulraum Schweiz, die projektgebundenen Beiträge gemäss HFKG 2017–2020, die swissnextday'16 sowie die 10 Milliarden Euro für die Weiterentwicklung der europäischen Raumfahrt. Der Newsletter ist auf der Webseite des SBFI abrufbar.

- Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI)

Zivildienst: Erste Jahreszahlen 2016

Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Dienstage der Zivildienstleistenden im Vergleich zum Vorjahr an. Dies zeigt eine Übersicht zu den Jahreszahlen. Zivis leisteten 2016 mit 1,7 Millionen mehr Dienstage als im Vorjahr (1,6 Millionen). Die Anzahl Zivis betrug zu Jahresende 43'956. Auch die Zahl der Zulassungen nahm zu: 2016 wurden 6'169 Zivis zugelassen (Vorjahr: 5'836). Am 1. Juli 2016 sind das revidierte Zivildienstgesetz und die revidierte Zivildienstverordnung in Kraft getreten. Seither ist es Schulen von der Vorstufe bis zur Sekundarstufe II möglich, Zivis einzusetzen. Bis zum Jahresende haben sich 87 Schulen im neuen Tätigkeitsbereich anerkennen lassen. In allen Tätigkeitsbereichen gibt es insgesamt 5'080 Einsatzbetriebe (Vorjahr: 4'869).

- Thomas Brückner, Vollzugsstelle für den Zivildienst (ZIVI), Leiter Kommunikation, T 058 468 19 55

KTI unterstützt Innovationsprojekte von KMU mit CHF 60 Millionen

Die Sondermassnahmen gegen den starken Franken 2016, welche die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) im Auftrag von Bundesrat und Parlament durchführte, sind abgeschlossen. Bewilligt wurden 161 Innovationsprojekte von exportorientierten KMU; der Zusatzkredit von CHF 61 Millionen wurde fast vollständig ausgeschöpft. Die gesprochenen Mittel verteilen sich wie folgt auf die KTI-Förderbereiche: Ingenieurwissenschaften (CHF 24 Mio., 68 bewilligte Projekte), Mikro- und Nanotechnologien (CHF 17 Mio., 42 bewilligte Projekte), Enabling Sciences (CHF 7 Mio., 22 bewilligte Projekte) und Life Sciences (CHF 12.3 Mio. 29 bewilligte Projekte).

➔ Kommission für Technologie und Innovation, Medienstelle,
T 058 469 18 77

Menschen mit Beeinträchtigungen besser ins Arbeitsleben integrieren

Bundesrat Alain Berset hat am 26. Januar 2017 die «Nationale Konferenz zur Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung» eröffnet. Ziel ist, Menschen mit Beeinträchtigungen verstärkt in die Arbeitswelt zu integrieren. Dazu erarbeiten die Teilnehmenden bis Ende 2017 einen Masterplan. Die in der Schweiz gelebte Solidarität verlange die Integration aller Menschen, sagte Bundesrat Berset in seinem Eröffnungsreferat. Damit dies gelinge, müsse man nicht nur die betroffenen Personen unterstützen, sondern auch Hürden in der Arbeitswelt abbauen. Die Nationale Konferenz findet bis Ende Jahr in drei Schritten statt. Im Zentrum der ersten Arbeitstagung stand die Frage, wo prioritär Handlungsbedarf besteht. Thema der zweiten Arbeitstagung am 18. Mai 2017 ist, mögliche Massnahmen zu identifizieren. An der dritten Arbeitstagung am 21. Dezember 2017 soll der Masterplan verabschiedet werden. Die wichtigsten Akteurinnen und Akteure, die an der beruflichen Integration von Menschen mit Beeinträchtigungen beteiligt sind, nahmen an der Konferenz teil: Menschen mit Beeinträchtigungen und deren Verbände, Arbeitgebende und Gewerkschaften, Ärztinnen und Ärzte, Fachpersonen aus Schule und Ausbildung, die Verantwortlichen in der Interinstitutionellen Zusammenarbeit im Sozialbereich, die IV, kantonale Behörden und Bundesstellen. Die gemeinsame Erklärung wird auf der Website der «Nationalen Konferenz zur Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung» publiziert.

➔ BSV, Kommunikation, T 058 462 77 11

Bundesamt für Statistik: bildungspolitisch relevante Publikationen

Ende Januar sind folgende bildungspolitisch relevanten Publikationen beim Bundesamt für Statistik erschienen:

- Von der Hochschule ins Berufsleben - Ergebnisse zur Schweizer Hochschulabsolventenbefragung der Abschlussjahrgänge 2010 und 2014
- Szenarien 2016-2025 für das Bildungssystem
- Strukturhebung der eidgenössischen Volkszählung 2015: Höchste abgeschlossene Ausbildung

➔ Bundesamt für Statistik, Sektionen Bildungsprozesse, Bildungssystem,
T 058 463 60 11

**Jahresmedienkonferenz:
Wie die Wirkung der
DEZA-Projekte gemessen
wird**

An der Jahres-Medienkonferenz der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) erläuterte DEZA-Direktor Manuel Sager die fünf strategischen Schwerpunkte sowie weitere Aufträge des Parlaments und die Kernziele der verschiedenen DEZA-Bereiche im laufenden Jahr. Diese sind neben der Nothilfe, dem Engagement in fragilen Ländern, der Zusammenarbeit mit dem Privatsektor, den Bereichen Wasser, Klimawandel, Gesundheit, Ernährungssicherheit und Migration ein verstärktes Engagement zur Verminderung von Armut und Ungleichheit, mit einem Schwerpunkt bei der Schaffung von Perspektiven für Frauen und junge Menschen generell, u.a. durch Grund- und Berufsbildung. Neben dem Fokus der Entwicklungszusammenarbeit auf die Migrationspolitik und die Themen Gender und «Sexual and Gender-Based Violence» (SGBV) wird ein weiteres Schwerpunktthema des laufenden Jahres eine Bildungsstrategie, die Grund- und Berufsbildung umfasst, darstellen. Die entsprechenden Ressourcen werden im Zeitraum der Botschaft 2017-2020 um 50 Prozent bzw. CHF 210 Millionen erhöht.

➔ Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), Information, T 058 462 31 53

Erweiterte Erleichterungen für Personen in der beruflichen Grundbildung

Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) hat die Bedingungen für Personen in der beruflichen Grundbildung «Kleinmotorad- und Fahrradmechaniker/in EFZ» und «Motorradmechaniker/in EFZ» zusätzlich erleichtert. Die entsprechenden Weisungen sind aktualisiert und am 20. Januar 2017 in Kraft gesetzt worden.

➔ Bundesamt für Strassen (ASTRA), Mediendienst, T 058 464 14 91

**Bundesrat genehmigt
Änderung der Professorenverordnung ETH**

Der Bundesrat hat am 1. Februar 2017 die Änderung der Professorenverordnung ETH genehmigt. Ziel der neuen Regelung ist eine Intensivierung der Zusammenarbeit der ETH mit in- und ausländischen Forschungsinstitutionen. Ausgewählte Persönlichkeiten dieser Forschungsinstitutionen können gestützt auf einen Zusammenarbeitsvertrag als «affilierte Professorinnen und Professoren» angestellt werden. Der neue Artikel regelt die Rahmenbedingungen für die affilierten Professorinnen und Professoren (institutioneller Zusammenarbeitsvertrag, Kriterien für die Berufung usw.). Die Verankerung der affilierten Professorinnen und Professoren in der Professorenverordnung ETH ermöglicht es den ETH, inskünftig noch gezielter und intensiver mit in- und ausländischen Forschungsinstitutionen zusammenzuarbeiten, so wie es in Art. 3 ETH-Gesetz vorgesehen ist. Die Änderung tritt am 1. März 2017 in Kraft.

➔ Gian-Andri Casutt, ETH-Rat, Leiter Kommunikation, T 044 632 20 03

**Bundesrat eröffnet
Vernehmlassung für
direkten Gegenentwurf
zur Rasa-Initiative**

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 1. Februar 2017 die Vernehmlassung zu zwei Varianten für einen direkten Gegenentwurf zur Rasa-Initiative eröffnet. Das Vernehmlassungsverfahren dauert bis zum 1. März 2017. Das verkürzte Verfahren ist wegen der gesetzlichen Frist für die Verabschiedung der Botschaft zur Volksinitiative durch den Bundesrat bis am 27. April 2017 erforderlich. Die beiden Varianten entsprechen den Eckwerten, die der Bundesrat am 21. Dezember 2016 festgelegt hatte.

Die Volksinitiative «Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten» (Rasa-Initiative) will die Ergebnisse der Abstimmung vom 9. Februar 2014 rückgängig machen und die Zuwanderungsbestimmungen ersatzlos aus der Verfassung streichen. Der Bundesrat hatte bereits im Oktober 2016 entschieden, diese Initiative abzulehnen und ihr einen direkten Gegenentwurf gegenüber zu stellen. Nachdem das Parlament am 16. Dezember 2016 die Ausführungsgesetzgebung zu Artikel 121a BV verabschiedet hat, müssen weder völkerrechtliche Verträge angepasst werden, noch braucht es Ausführungsbestimmungen auf dem Verordnungsweg, wie sie die Übergangsbestimmung mit ihren Fristen vorsah. Der Bundesrat ist der Meinung, dass die Schweiz auch weiterhin gute und stabile Beziehungen mit der EU braucht und deshalb die bilateralen Verträge erhalten bleiben sollen. Die Rasa-Initiative empfiehlt er allerdings zur Ablehnung, weil er am Auftrag zur Steuerung der Zuwanderung trotz rückläufiger Zuwanderung festhalten will. Insbesondere setzt sich der Bundesrat weiterhin für eine bessere Ausschöpfung und Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials ein.

☞ EJPD, Informationsdienst, T 058 462 18 18

Bund fördert Projekte zur nachhaltigen Ernährung

Der Bund unterstützt dieses Jahr im Rahmen des Förderprogramms Nachhaltige Entwicklung zwanzig Projekte. Einen Schwerpunkt bildet dabei die nachhaltige Ernährung. Die Unterstützung fügt sich in die Nachhaltigkeitsstrategie des Bundesrats ein und trägt zur Umsetzung der Agenda 2030 der UNO bei. Seit 2001 hat das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) knapp vierhundert Projekte zu Themen wie öffentliche Beschaffung, sozialer Zusammenhalt oder Bildung unterstützt. Das Programm fügt sich in die Strategie Nachhaltige Entwicklung des Bundesrates 2016-2019 ein. Im internationalen Kontext trägt das Förderprogramm zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der UNO bei, die die Staatengemeinschaft im September 2015 verabschiedet hat. Im Rahmen des Förderprogramms 2016 reichten Vereine, Stiftungen, aber auch Gemeinden und Kantone aus allen Landesteilen insgesamt fünfzig Projekte ein, wovon zwanzig Projekte mit rund CHF 340 000 unterstützt werden. Neu finanzieren seit 2016 das ARE und die Eidgenössische Migrationskommission (EKM) das Förderprogramm gemeinsam. Die nächste Ausschreibung erfolgt im März 2017 und richtet sich an Kantone, Städte und Gemeinden, die Projekte im Rahmen der Agenda 2030 umsetzen möchten. Die Teilnahmebedingungen werden auf der Website des ARE publiziert.

☞ Anne DuPasquier, Bundesamt für Raumentwicklung (ARE), stellvertretende Leiterin Sektion Nachhaltige Entwicklung, T 058 465 06 25

Staatssekretär Dell'Ambrogio auf Einladung des Premierministers Vucic zu Besuch in Serbien

Der Staatssekretär für Bildung, Forschung und Innovation Mauro Dell'Ambrogio wurde vom serbischen Premierminister Aleksandar Vucic zu einem offiziellen Besuch nach Belgrad eingeladen. Im Zentrum der Diskussionen steht die Berufsbildung. Dell'Ambrogio soll im Rahmen einer von der serbischen Industrie- und Handelskammer organisierten öffentlichen Konferenz das schweizerische Berufsbildungssystem vorstellen. Anlässlich des Besuchs wird ausserdem das

Projekt «From Education to Employment (E2E)» offiziell gestartet. Das von der DEZA unterstützte Projekt zielt darauf ab, das Berufsbildungsangebot im Süden und Südwesten Serbiens auszubauen und damit die Rahmenbedingungen für die Beschäftigung zu verbessern. Das Projekt dürfte rund 40'000 jungen Serbinnen und Serben zugutekommen. Der Besuch ist zudem eine Gelegenheit, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern im Forschungsbereich hervorzuheben: Zahlreiche schweizerische und serbische Forschende arbeiten innerhalb der EU-Forschungsrahmenprogramme zusammen. Vor diesem Hintergrund wird der Staatssekretär an der Universität Belgrad einen Vortrag halten und den Wissenschafts- und Technologiepark der Stadt besuchen, der rund 36 Unternehmen beherbergt. Der Park wurde 2015 im Beisein von Bundesrat Johann Schneider-Ammann eröffnet und hat sich als erste solche Einrichtung in Serbien zu einem unverzichtbaren Akteur im Innovationsbereich entwickelt.

- Anouk De Bast, Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation, Abteilung internationale Beziehungen, T 058 463 31 76

Schweiz-österreichischer Informations- und Meinungsaustausch im Bereich Hochschulbildung, Forschung und Innovation

Am 8. Februar 2017 hat in Wien der zweite bilaterale Informations- und Meinungsaustausch zwischen dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) und dem österreichischen Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (BMWFW) stattgefunden. Staatssekretär Mauro Dell'Ambrogio führte die Schweizer Delegation bei den Gesprächen im BMWFW über Entwicklungen und Zusammenarbeit in den Bereichen Hochschulbildung, Forschung und Innovation an. Das Nachbarland Österreich ist der Schweiz im Bereich Bildung, Forschung und Innovation ein wichtiger und starker Partner. Die alle zwei Jahre stattfindenden Arbeitstreffen zwischen dem SBFI und dem BMWFW haben zum Ziel, die Partnerschaft weiter zu stärken. Die Forschungszusammenarbeit mit Österreich findet primär direkt zwischen den Forschenden statt. Diese wird via kompetitive Forschungsgelder finanziert, namentlich durch die EU-Forschungsrahmenprogramme und den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) bzw. den österreichischen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung. Das nächste Arbeitstreffen findet 2019 in Bern statt.

- Mauro Moruzzi, Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation, Leiter Abteilung Internationale Beziehungen, M 079 659 99 10

BFS: Zugang der Hochschulabsolventen/-innen zu Führungsfunktionen

Fünf Jahre nach Studienabschluss üben 40 Prozent der Personen mit einem Bachelor einer Fachhochschule oder einem Master einer universitären Hochschule eine leitende Funktion aus. Der Anteil an promovierten Führungskräften, die im nicht akademischen Bereich erwerbstätig sind, beträgt 60 Prozent. Dies geht aus einer neuen Publikation des Bundesamts für Statistik (BFS) hervor. Sie analysiert unter anderem verschiedene soziodemografische Merkmale, die berufliche Erfahrung sowie geschlechterspezifische Unterschiede beim Zugang zu Führungsfunktionen.

- Bundesamt für Statistik (BFS), Sektion Bildungssystem, T 058 463 60 11

Parlament

In der Kommission hängig

Pa. Iv. Eymann. Im Hochschulrat müssen alle massgeblichen Hochschulträger vertreten sein (16.462)

Artikel 12 des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes soll in der Weise geändert werden, dass von Gesetzes wegen die Regierungen der massgeblichen Hochschulträger im Hochschulrat vertreten sind. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-NR) hat das Geschäft am 16. Februar 2017 traktandiert.

Pa. Iv. Rutz. Keine staatlichen Subventionen für Parteien und politische Organisationen (15.483)

Das Bundesgesetz über die Förderung der ausserschulischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen sei dahingehend anzupassen, dass keine Finanzhilfen mehr an Vereinigungen ausgerichtet werden, welche politische Zielsetzungen verfolgen. Der Initiative wurde in der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats (SPK-NR) im Herbst 2016 Folge gegeben. Die SPK-NR hat das Geschäft am 21. Februar 2017 traktandiert.

Vorschau Frühjahrsession 27.02. - 17.03.2017

Nationalrat

Bundesratsgeschäfte

**Stabilisierungsprogramm 2017-2019 (16.045)
Entwurf 1**

Der Ständerat hat in der Wintersession 2016 eine erste Differenzbereinigung der Vorlage vorgenommen. Die Finanzkommission des Nationalrates (FK-NR) hat am 13. Januar 2017 diese Differenzen vorberaten und beantragt bei allen Punkten an der Position des Nationalrates festzuhalten:

Im Bereich Personal und Eigenaufwand möchte der Nationalrat in den Jahren 2018 und 2019 zusätzlich CHF 100 Millionen kürzen. Die FK-NR beantragt mit 15 zu 9 Stimmen daran festzuhalten. Im Bereich Migration und Integration will der Nationalrat ebenfalls zusätzliche Einsparungen von CHF 23,3 Millionen. Die FK-NR bekräftigte diese Position mit 14 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung. Im Gesundheitsbereich will der Nationalrat beim Bundesgesetz über die Krankenversicherung den Bundesbeitrag bei der obligatorischen Krankenpflegeversicherung von 7,5 Prozent auf 7,3 Prozent zu senken. Der Ständerat will bei den 7,5 Prozent bleiben. Die FK-NR beantragt mit 15 zu 9 Stimmen an der Senkung festzuhalten.

☒ Der Nationalrat behandelt die Differenzen am 27. Februar 2017. Sollten weiterhin welche bestehen, werden diese am 9. März 2017 im Ständerat beraten. Sollte es zu einer Einigungskonferenz kommen, werden die Anträge in beiden Räten am 15. März 2017 beraten.

Motionen**Mo. WBK-NR. Zugewanderte Jugendliche zum Abschluss Sek. II führen (16.3911)**

Der Bundesrat wird von der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-NR) beauftragt, mit den Kantonen die Zuständigkeiten für die Umsetzung und Finanzierung von Bildungsmaßnahmen für spät zugewanderte Jugendliche und junge Erwachsene zu klären; seinen Beitrag an die Integrationsleistungen zu erhöhen sowie die Finanzierung der zusätzlichen Leistungen über das Budget des Staatssekretariats für Migration zu garantieren. Eine Minderheit beantragt die Ablehnung der Motion (13 zu 8 Stimmen).

⌘ Der Nationalrat behandelt die Motion am 7. März 2017.

Mo. SiK-NR. Transfer der Vollzugstelle für den Zivildienst ins VBS (17.3000)

Der Bundesrat wird von der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats (SiK-NR) beauftragt zu veranlassen, dass die Vollzugstelle für den Zivildienst vom Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) ins Eidg. Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) umgesiedelt wird. Eine Minderheit beantragt die Ablehnung der Motion.

⌘ Der Nationalrat behandelt die Motion am 16. März 2017.

Vorstösse gemäss separaten Listen**Parlamentarische Initiativen 1. Phase**

- 15.447 Pa.lv. Badran Jacqueline. Ergänzung der Revisionsgründe im Steuerharmonisierungsgesetz um Illettrismus und gesundheitliche Gründe (WAK)
 - 15.466 Pa.lv. Amherd. Schaffung eines Kompetenzzentrums für die Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen (WBK)
 - 15.489 Pa.lv. Heim. Das Potenzial älterer Arbeitskräfte klug nutzen und klug stärken (WBK)
 - 15.497 Pa.lv. Graf-Litscher. Förderung journalistischer Medien im Online-Bereich. Definition und Finanzierung (KVF)
 - 16.441 Pa.lv. Rutz Gregor. Verhältnismässigkeit bei der Information der Stimmberechtigten (SPK)
- ⌘ Der Nationalrat behandelt die Initiativen am 28. Februar, 1., 6., 8., 9., 13., 14., 15., oder 16. März 2017.

Parlamentarische Vorstösse aus dem WBF

- 16.3754 Po. Nantermod. Voraussetzungen zur Ausübung von gewissen Berufen. Stand der Dinge
- 15.3157 Mo. Aebischer Matthias. Einspracherecht bei der Einstufung von Berufsabschlüssen in der Berufsbildung gemäss nationalem Qualifikationsrahmen
- 15.3193 Po. Heim. Nationale Strategie zur Verbesserung der Beschäftigungschancen und der Reintegration erwerbsloser älterer Menschen in den Arbeitsmarkt
- 15.3234 Mo. Grunder. Frankenkrise. Innovationsförderung verstärken
- 15.3243 Po. Pfister Gerhard. Swiss Fund. Ein Beitrag zur Meisterung aktueller Herausforderungen der Schweiz
- 15.3307 Po. Graf-Litscher. Gesellschaft und Internet in der Schweiz 2030. Bericht
- 15.3330 Mo. Müller Leo. Fachkräfteinitiative und arbeitsmarktliche Massnahmen. Synergien nutzen und Mittel optimieren
- 15.3358 Mo. Derder. Investitionsprogramm für die Informationsgesellschaft ankurbeln
- 15.3552 Po. Schmid-Federer. Mehr Schnupperlehrstellen bei den Mint-Berufen
- 15.3554 Mo. Carobbio Guscetti. Berufsbildung. Massnahmen zur Förderung des Zugangs zum Qualifikationsverfahren auch für Teilzeitangestellte
- 15.3575 Mo. Marra. Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen im Rahmen der besseren Nutzung von schweizerischen Arbeitskräften
- 15.3679 Po. Herzog. Bürokratieabbau durch Vereinfachung und Modernisierung des Arbeitsrechts

- [15.3687](#) Mo. Humbel. Praktikum als Eignungstest für das Medizinstudium
 - [15.3700](#) Mo. Amarelle. Berufliche Integration von Personen aus dem Asylbereich. Nationaler Rahmen für die Anerkennung von Diplomen und die Validierung von Bildungsleistungen
 - [15.3701](#) Mo. Amarelle. Szenarien zur Beschäftigungsentwicklung für eine bessere Steuerung der Einwanderung und der Engpässe auf dem Arbeitsmarkt
- ⌘ Der Nationalrat behandelt die Vorstösse am 7. oder 16. März 2017.

Parlamentarische Vorstösse aus dem VBS

- [15.4212](#) Po. Gmür Alois. Ausbildung zum "Jugend und Sport"-Hilfsleiter
 - [16.3149](#) Mo. Lohr. Sicherung des Programms "Jugend und Sport"
- ⌘ Der Nationalrat behandelt die Vorstösse am 16. März 2017.

Parlamentarische Vorstösse aus dem UVEK

- [15.4214](#) Mo. Kiener Nellen. Schweizerisches Forschungsprojekt zur Erforschung der Wirkung nichtionisierender Strahlung auf elektrosensible Personen
- ⌘ Der Nationalrat behandelt den Vorstoss am 2., 9. oder 14. März 2017.

Parlamentarische Vorstösse aus dem EJPD

- [16.3407](#) Po. Feri Yvonne. Analyse der Situation von Flüchtlingsfrauen
 - [16.3888](#) Po. Béglé. Mit Patinnen und Paten eine erfolgreiche Integration fördern
 - [15.3127](#) Mo. Bourgeois. Unbegleitete Minderjährige. Betreuung und Schulbildung sicherstellen
- ⌘ Der Nationalrat behandelt die Vorstösse am 15. März 2017.

Parlamentarische Vorstösse aus dem EFD

- [15.3138](#) Mo. Badran Jacqueline. Innovationsförderung für KMU. Rückstellungen für Forschung und Entwicklung ermöglichen
- ⌘ Der Nationalrat behandelt den Vorstoss am 27. Februar oder 8. März 2017.

Parlamentarische Vorstösse aus dem EDI

- [15.3146](#) Mo. Estermann. Ritalinkonsum in der Schweiz. Die Rüge der Uno ernst nehmen!
- ⌘ Der Nationalrat behandelt den Vorstoss am 9. März 2017.

Parlamentarische Vorstösse aus dem EDA

- [16.3887](#) Po. Béglé. Mehr Unterstützung für die Ausbildung in Flüchtlingslagern
 - [15.4143](#) Mo. Tornare. Umsetzung der Uno-Agenda 2030. Unabhängige Beobachtungsstelle
 - [15.4188](#) Mo. Nussbaumer. Umsetzung der Uno-Agenda 2030. Finanzierungsstrategie
 - [16.3744](#) Po. Béglé. Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Wie kann die Effizienz der Schweizer Beiträge gemessen werden?
- ⌘ Der Nationalrat behandelt die Vorstösse am 8. März 2017.

Parlamentarische Vorstösse aus der BK

- [16.3962](#) Po. Reynard. Politische Partizipation der Jugendlichen: die politische Bildung verstärken und eine Senkung des Stimmrechtsalters prüfen
- ⌘ Der Nationalrat behandelt den Vorstoss am 16. März 2017.

Ständerat

Bundesratsgeschäft

Aktionsplan Sportförderung des Bundes. Bericht (17.016)

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 26. Oktober 2016 den Aktionsplan Sportförderung zuhanden des Parlaments verabschiedet. Der Aktionsplan ist die Antwort auf eine breit abgestützte Motion der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-NR) zur Sportförderung. Im Hinblick auf die Umsetzung der Motion wurde eine konzeptionelle und finanzielle Gesamtschau zur künftigen Entwicklung der Sportförderung des Bundes erarbeitet, die sich aus einem Breitensport- und Leistungssportkonzept sowie einem Immobilienkonzept Sport des Bundes zusammensetzt. Die WBK-SR hat den Bericht am 13. Januar 2017 zur Kenntnis genommen und zeigt sich mit der im Aktionsplan erfolgten Auslegeordnung im Bereich der Sportförderung zufrieden. Sie bemängelt aber, dass insgesamt zu wenige finanzielle Mittel zur Umsetzung der geplanten Massnahmen vorgesehen werden und hat mit 11 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen, eine entsprechende Kommissionsmotion (17.3003) einzureichen.

⌘ Der Ständerat behandelt das Geschäft am 13. März 2017.

Motionen

Mo. Nationalrat (Schilliger). Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Eintreibung von Beiträgen für überbetriebliche Kurse (14.3558)

Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 21 der Berufsbildungsverordnung so anzupassen, dass ein Berufsverband, der im öffentlichen Auftrag überbetriebliche Kurse durchführt, eine Rechtsgrundlage erhält, den Kostenbeitrag gerichtlich durchzusetzen. Der Nationalrat hat die Motion entgegen dem Antrag des Bundesrats in der Sommersession 2016 mit 117 zu 54 Stimmen bei 15 Enthaltungen angenommen. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-SR) hat die Motion bei Redaktionsschluss noch nicht beraten.

⌘ Der Ständerat behandelt die Motion am 6. März 2017.

Postulate

Po. Caroni. Eine umfassende Strategie für die politische Bildung in der Schweiz (16.4095)

Der Bundesrat wird beauftragt, eine umfassende Strategie zur politischen Bildung zu entwickeln. Ziel ist es, die politische Mitwirkungskompetenz der gesamten Bevölkerung langfristig zu erhalten und zu fördern.

⌘ Der Ständerat behandelt das Postulat am 6. März 2017.

Po. Bruderer Wyss. Inklusives Arbeitsumfeld im Lichte der Digitalisierung (16.4169)

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zu verfassen zu den Chancen und Risiken, welche die fortschreitende Digitalisierung und Automatisierung betreffend die berufliche Inklusion von Menschen mit Behinderung mit sich bringt.

⌘ Der Ständerat behandelt das Postulat am 7. März 2017.

Verbände und NGOs

VSS: Studierende hintergangen

Der Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) wurde durch Presseberichte im St. Galler Tagblatt und in der Luzerner Zeitung vom 4. Februar 2017 darauf aufmerksam, dass das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) offenbar keine Verhandlungen über die Mitgliedschaft der Schweiz bei Erasmus+ führe. Dies stehe im Gegensatz zu den bisherigen Aussagen, dass nach Unterzeichnung des Kroatienprotokolls wieder eine Mitgliedschaft in Erasmus+ angestrebt werde. Der VSS fordert das SBFI auf, Verhandlungen mit der Europäischen Kommission über die Mitgliedschaft in Erasmus+ aufzunehmen und eine Mitgliedschaft möglichst ab 2018 anzustreben. Denn die Übergangslösung werde nie ein Ersatz für Erasmus+ sein. Diese fokussiere sich hauptsächlich auf die studentische Mobilität und vernachlässige andere Teile des Erasmus+-Programms. Erasmus+ sei aber ein Kooperations- und Förderprogramm in den Bereichen der beruflichen und allgemeinen Bildung, der Jugend und des Sports; besonders die Berufsbildung könne stark von der Mitgliedschaft bei Erasmus+ profitieren. Damit eine allfällige permanente Übergangslösung für die Studierenden, aber auch für die Berufsbildung und die Jugendverbände, akzeptabel wäre, müsste diese gegenüber der aktuellen Übergangslösung massiv ausgebaut werden.

- ➔ Josef Stocker, Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS), Co-Präsident, T 031 382 11 71

Netzwerk Future: Schweiz ab 2017 wieder voll assoziiert

Die Europäische Kommission gab am 20. Dezember 2016 bekannt, dass die Schweiz ab dem 1. Januar 2017 wieder vollumfänglich am europäischen Forschungsrahmenprogramm Horizon 2020 assoziiert ist. Ermöglicht wurde dies durch den Entscheid des Bundesrats, das Protokoll über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien zu ratifizieren.

- ➔ Netzwerk Future, Petra Studer, T 031 351 88 46

Der VSS verlangt einen besseren Hochschulzugang für Flüchtlinge

Der Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) möchte den Hochschulzugang für Flüchtlinge verbessern, wie er in einer Medienkonferenz vom 23. Januar 2017 darlegte. In seinem Positionspapier verlangt er, dass umfassende Kompetenzenbilanzen erstellt werden, um die Flüchtlinge, die ihr Studium abbrechen mussten, rasch und adäquat zu informieren. Er setzt sich auch für Sprachkurse und die Wiedereinführung von erschwinglichen Vorbereitungskursen für die Maturitätsequivalenzprüfung ECUS ein. Das Projekt «Perspektiven – Studium» des VSS unterstützt die Integrationsprojekte der Universitäten mit der Schaffung einer Informations- und Beratungsplattform sowie der Entwicklung von Mentoringprojekten.

- ➔ Gabriela Lüthi, Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS), Mitglied der Geschäftsleitung, T 031 382 11 71

Interkantonal

Movetia: die nationale Agentur für die Förderung von Austausch und Mobilität hat den Betrieb aufgenommen

Austausch und Mobilität erhalten eine neue nationale Agentur: Movetia ist seit dem 1. Januar 2017 aktiv. Ziel der Agentur ist, dass alle Jugendlichen im Verlauf ihrer Ausbildung an einem Austausch- oder Mobilitätsprojekt teilnehmen. Denn Austausch und Mobilität trage dazu bei, zentrale Bildungsinhalte wie interkulturelle Kompetenzen zu erlangen und die eigene Arbeitsmarktfähigkeit zu verbessern. Nicht zuletzt profitiere die viersprachige Schweiz von einem gestärkten nationalen Zusammenhalt. Bund und Kantone fördern Bildungsprogramme für Austausch und Mobilität mit bedeutenden finanziellen Mitteln. Um diesem Bereich neue Impulse zu verleihen, haben sie mit einer nationalen Agentur einen zentralen Akteur geschaffen. Diese wird vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI), vom Bundesamt für Kultur (BAK), vom Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) und von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) getragen.

Die nationale Agentur entwickelt geeignete Bildungsprogramme und setzt diese um. Sie fördert und unterstützt Projekte und Partnerschaften in der Aus- und Weiterbildung auf nationaler und internationaler Ebene, im schulischen, im berufsbildenden als auch im ausserschulischen Bereich. Movetia will aber auch die Vorteile eines Austauschs besser bekannt machen und Personen in Aus- und Weiterbildung sowie Lehrpersonen für Austausch und Mobilität motivieren. Die bessere Vernetzung der verschiedenen involvierten Akteure ist ein weiteres Ziel der nationalen Agentur. Mit einer vertieften Koordination können Angebote genauer auf die Bedürfnisse abgestimmt und administrative und organisatorische Hürden abgebaut werden. Ziel ist, Austausch und Mobilität fest in der Bildungspolitik zu verankern.

Das erste Betriebsjahr nutzt Movetia, um bestehende Aktivitäten zu erfassen und Bedürfnisse zu klären. Zeitgleich erarbeiten Bund und Kantone eine umfassende Strategie für Austausch und Mobilität in der Schweiz, bei der Movetia als zentraler Akteur mitarbeitet. Parallel dazu führt Movetia verschiedene bestehende Programme von Bund und Kantonen weiter, welche bisher von der ch Stiftung betreut wurden.

➔ Movetia, Kathrin Müller, Leiterin Kommunikation, T 032 462 00 53

ETH: Swiss Data Science Center eröffnet

Die ETH Zürich und die ETH Lausanne eröffnen gemeinsam ein nationales Zentrum für Datenwissenschaften. Damit wollen die beiden Hochschulen Innovationen in diesem Forschungsfeld vorantreiben und gleichzeitig die multidisziplinäre Forschung und offene Wissenschaft fördern.

➔ Claudia Naegeli, ETH Zürich, Medienstelle, T 044 632 41 41

**Zulassung zum Medizin-
studium: Mehr Verant-
wortung für swissuniver-
sities**

Die Governance für das Zulassungsverfahren zum Medizinstudium wurde reorganisiert. Seit dem 1. Januar 2017 übernimmt swissuniversities mehr Verantwortung in der operativen Umsetzung des Zulassungsverfahrens und ist für die Durchführung von Eignungstests mitverantwortlich. Die Anmeldungen zum Medizinstudium (Human-, Zahn- und Veterinärmedizin) sowie Chiropraktik für das Herbstsemester 2017 müssen bis spätestens 15. Februar 2017 über swissuniversities erfolgen.

➔ Swissuniversities, Generalsekretariat, T 031 335 07 40

**swissuniversities lanciert
Blog zu den internationa-
len Abkommen**

Ein neuer dreisprachiger Blog von swissuniversities ist online: AdValue. Er will unter anderem aufzeigen, wie wichtig die internationalen Abkommen zu Bildung und Forschung für die Hochschulen sind. Die Hochschulen werden aufgefordert, Beiträge gemeinsam mit AdValue aufzugleisen: Erfolgsgeschichten, Interviews mit Rektoren/-innen, Porträts, Veranstaltungen und Kurzberichte sollen sowohl auf den Seiten der Hochschulen als auch auf www.advalue-switzerland.ch erscheinen.

➔ Swissuniversities, Generalsekretariat, T 031 335 07 40

**Swissuniversities:
Nationale Strategie
verabschiedet**

Die Plenarversammlung von swissuniversities, der Rektorenkonferenz der schweizerischen Hochschulen, hat am 31. Januar 2017 eine nationale Open-Access-Strategie verabschiedet. Diese hat zum Ziel, der Öffentlichkeit wissenschaftliche Publikationen so rasch wie möglich über das Internet oder über offene Datenbanken zugänglich zu machen. Momentan sind viele solcher Artikel nur gemäss den von den kommerziellen Verlagen festgelegten Bedingungen greifbar. Diese Strategie wurde im Auftrag des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Nationalfonds (SNF) erarbeitet und wird nun dem Schweizerischen Hochschulrat (SHK) übergeben. Die Open-Access-Strategie enthält die Vision, dass bis im Jahr 2024 alle öffentlich finanzierten Publikationen frei zugänglich sein müssen. Um diese umzusetzen, wurden verschiedene Aktionsfelder festgelegt, die darauf abzielen, die Open-Access-Praktiken in der Schweiz abzugleichen, die Verhandlungen mit den Verlagen und die Anreize bei den Forschenden zu stärken sowie neue Publikationsarten zu prüfen. Im Frühling 2017 wird von swissuniversities in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Partnern (SNF, SBFI, Hochschulbibliotheken) ein Aktionsplan erstellt, der nach einer Konsultationsphase im Herbst verabschiedet werden soll. Die Finanzflussanalyse im Bereich der wissenschaftlichen Publikationen, die im Auftrag des SNF und des Programms «Wissenschaftliche Information» von swissuniversities durchgeführt wurde und die ein pragmatisches und flexibles Modell empfiehlt, wird ebenfalls als Arbeitsgrundlage dienen. Open-Access-Praktiken gewinnen weltweit an Bedeutung: sie sind Ausdruck davon, dass öffentlich finanzierte Forschungsergebnisse ein öffentliches Gut darstellen, das nur dann vollumfänglich genutzt werden kann, wenn alle freien und unbeschränkten Zugang haben.

➔ Martina Weiss, swissuniversities, Generalsekretärin, T 031 335 07 40

SNF: Forschende und Bevölkerung im Dialog: 20 neue Agora-Projekte

Mit der sechsten Ausschreibung von Agora fördert der Schweizerische Nationalfonds (SNF) 20 Projekte, um den Austausch zwischen Forschenden und der Öffentlichkeit anzuregen. Der SNF unterstützt 20 der 54 eingereichten Projekte mit einem Gesamtbetrag von CHF 3,6 Millionen, was rund 37 Prozent des beantragten Betrags entspricht. Forschende aus den verschiedensten Fachgebieten werden in einen Dialog mit Jung und Alt treten. Die vielen originellen Kommunikationsideen versprechen einen interessanten Austausch zwischen Forschenden und Laien. Mit der nächsten Ausschreibung verschiebt sich der Eingabetermin für Agora-Projekte auf den 1. September 2017. Bewilligte Projekte der siebten Ausschreibung können frühestens am 1. März 2018 beginnen.

- Charles Roduit, Schweizerische Nationalfonds (SNF), Abteilung: InterCo, T 031 308 22 22

EDK: Anhörung zum Informatik-Obligatorium am Gymnasium

Das Fach Informatik wird am Gymnasium als Ergänzungsfach angeboten. Nach Ansicht des EDK-Vorstandes ist der Informatikunterricht für alle Schüler/innen relevant und sollte obligatorisch werden. Im Vordergrund stehen eine breite informatorische Grundbildung (Grundzüge von Programmiersprachen, Sicherheitsaspekte, technische Hintergründe von Computernetzwerken usw.) sowie Hintergründe der Informationsgesellschaft. Der EDK-Vorstand hat einen Rahmenlehrplan Informatik ausarbeiten lassen und gibt ihn in eine Anhörung. Wird das Begehren positiv aufgenommen, muss in einem nächsten Schritt das schweizerische Maturitätsanerkennungsreglement revidiert werden. Ein diesbezüglicher Entscheid der EDK wird auf Oktober 2017 erwartet.

- Martin Leuenberger, EDK, Leiter Koordinationsbereich Sekundarstufe II und Berufsbildung, T 031 309 51 11

Ausschreibung 2017 Prix Expo

Der Prix Expo zeichnet Ausstellungen und verwandte Formen aus, welche die Faszination der Natur und der Naturwissenschaften einem breiten Publikum in der Schweiz fachlich kompetent und erlebnisorientiert vermitteln. Der Preis wird seit 2003 alljährlich von der Akademie der Naturwissenschaften Schweiz (SCNAT) verliehen und ist mit CHF 10'000 dotiert. Die SCNAT lädt zur Eingabe von Bewerbungen für den Prix Expo 2017 ein. Ausstellungsmacher können ihre Kandidaturen jederzeit eingeben. Dies erlaubt es sämtliche Ausstellungen einzureichen, unabhängig von ihrem Eröffnungsdatum. Bewerbungen können von den ausstellenden Museen eingereicht werden, auch Mitgliedsorganisationen und Organisationseinheiten der SCNAT können Vorschläge einreichen. Die Jury beurteilt jeweils das naturwissenschaftlich-fachliche Niveau, die didaktische Umsetzung, die künstlerische Gestaltung und die Originalität einer Ausstellung. Die besten Bewerbungen werden von der Jury auf eine Shortlist gesetzt, aus welcher die Preisträgerin des Prix Expo ausgewählt wird. Die Bewerbungsunterlagen sind bis zum 1. Juni 2017 einzureichen.

- Rina Wiedmer, Prix Expo, Geschäftsleiterin, T 031 306 93 21

**Konsolidierung bei
der interkantonalen
Bildungszusammenarbeit**

Seit dem 1. Januar 2017 ist die Zürcher Regierungsrätin Silvia Steiner Präsidentin der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK). Die Stabsübergabe beim Präsidium nahmen der scheidende Präsident, Regierungsrat Christoph Eymann, und die neue Präsidentin zum Anlass, an einer Medieninformation am 17. Januar 2017 in Bern einen Ausblick auf die Arbeitsschwerpunkte der EDK bis 2019 vorzunehmen. Die EDK vollziehe heute zwölf interkantonale Staatsverträge (Konkordate) im Bildungsbereich und stütze ihre Arbeiten darauf ab. Die Mehrheit dieser Vereinbarungen sei ab den 2000er-Jahren erarbeitet worden und in Kraft getreten. Der Ausbau des interkantonalen Vertragsrechts hänge wesentlich mit den neuen Bildungsartikeln in der Bundesverfassung von 2006 sowie mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) von 2008 zusammen. Der scheidende Präsident wies darauf hin, dass sich die EDK in einer Phase der Konsolidierung befinde. Man habe in den vergangenen Jahren wichtige Instrumente geschaffen wie z.B. neue Konkordate oder das nationale Bildungsmonitoring zusammen mit dem Bund. Jetzt gelte es, die vereinbarten Lösungen umzusetzen und die neu geschaffenen Instrumente gut zu nutzen. Die Schaffung von neuen Konkordaten ist zurzeit nicht vorgesehen.

Schwerpunkte der Bildungskoooperation bis 2019:

- 2019 wird die EDK eine zweite Bilanz über die Harmonisierung der obligatorischen Schule ziehen. Dabei wird sie erstmals über Ergebnisse von Evaluationen verfügen, die zeigen, wie gut die Schülerinnen und Schüler die 2011 von der EDK festgelegten nationalen Bildungsziele erreichen.
- Beim Sprachenunterricht sind in den nächsten Jahren vor allem die Kantone gefordert, die heute in 23 Kantonen umgesetzte Sprachenstrategie zu halten respektive sich der Lösung anzuschliessen. Unterstützung von der nationalen Ebene gibt es u. a. im Bereich Schüleraustausch (neue nationale Agentur). Geplant sind zudem EDK-Empfehlungen und ein Good-Practice-Bericht.
- An der Medieninformation ebenfalls erwähnt wurden geplante Arbeiten zur gymnasialen Ausbildung (z. B. Stellenwert von Informatik am Gymnasium oder Planen einer nationalen Evaluation des Gymnasiums), die Totalrevision der Interkantonalen Universitätsvereinbarung oder die Erarbeitung einer Strategie zu Bildung und Digitalisierung.

Die Vertretung der Kantone in der Zusammenarbeit mit dem Bund bleibt eine der zentralen Aufgaben der EDK. Auch diese Zusammenarbeit hat sich in den vergangenen Jahren intensiviert und sei heute besser abgestützt denn je. 2018 wird der dritte Bildungsbericht erscheinen. Auf dieser Basis werden Bund und Kantone ihre gemeinsamen Ziele für den Bildungsraum Schweiz fortschreiben.

➔ Generalsekretariat EDK, Pressedienst, T 031 309 51 11

**US-Einreisesperre trifft
auch Forschende aus der
Schweiz**

Die von der US-Regierung verhängte temporäre Einreisesperre für Staatsangehörige aus dem Irak und Jemen, aus Iran, Libyen, Somalia, Sudan und Syrien traf auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Schweiz. Diskriminierung von Forschenden aufgrund ihrer Nationalität oder Religion widerspreche dem Grundsatz der Universalität der Wissenschaft. Die Akademien der Wissenschaften Schweiz unterstützen deshalb die Petition von nahezu 15'000 US-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und den Appell des International Council for Science gegen die Einreisesperre.

- ➔ Martina Caroni, Akademien der Wissenschaften Schweiz, Delegierte für Menschenrechte, T 031 306 92 20

Impressum

Kontakt

© Ecopolitics GmbH, Postgasse 15, Postfach 817, 3000 Bern 8
 Telefon 031 313 34 34, Fax 031 313 34 35
polifocus@ecopolitics.ch, www.ecopolitics.ch
 Redaktion: Rahel Loretan (Leitung), loretan@ecopolitics.ch;
 Rebekka Gammenthaler, gammenthaler@ecopolitics.ch;
 Redaktionsschluss: 14. Februar 2017
 Gedruckt auf Papier mit mindestens 50% FSC-Anteil

Themen

Ecopolitics publiziert zu folgenden Politthemen die Zeitschrift polifocus als Print- und/oder PDF-Version:

polifocus agrarpolitik	ISSN 1661-4771
polifocus bildungspolitik	ISSN 1661-4801
polifocus gesundheitspolitik	ISSN 1661-481X
polifocus sozialpolitik	ISSN 1661-5549
polifocus umweltpolitik	ISSN 1661-4836
polifocus politique environnementale	ISSN 1661-5557
polifocus wirtschaftspolitik	ISSN 1661-5530

Abonnemente

Ein Jahresabonnement können Sie bequem auf unserer Webseite bestellen. Unter www.polifocus.ch finden Sie auch die aktuellen Preise sowie die geltenden Konditionen.

Erscheinungstermine

Die nächste Nummer erscheint als Rückschau auf die Frühjahrsession der eidgenössischen Räte am 29. März 2017.

Infoprodukte von Ecopolitics

polifocus: Übersicht zu den wichtigsten politischen Geschäften im jeweiligen Themenbereich – achtmal jährlich vor und nach den Sessionen der Eidgenössischen Räte.

politmonitoring: Regelmässige Berichterstattung zu den Sie interessierenden Geschäften bis zu ihrem Abschluss.

politagenda: Wöchentliche Übersicht zu Terminen von Parlament, Kommissionen, Vernehmlassungen und Medien in Ihrem Themengebiet.

Ecopolitics

Ecopolitics ist Partnerin von Institutionen, die sich professionell in die Politik einbringen wollen. Wir informieren über Politik, erarbeiten Analysen und Strategien und helfen ihnen, ihre Anliegen wirkungsvoll in die Politik einzubringen. Wir führen Geschäftsstellen von Organisationen und geben unser Wissen in Kursen weiter.

www.ecopolitics.ch